



## **Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 17.06.2013

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:25 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Kuhlmann

Mitglieder:

Herr Stadtrat Braig  
Herr Stadtrat Brenner  
Herr Stadtrat Deeng  
Herr Stadtrat Herzhauser  
Herr Stadtrat Keil  
Herr Stadtrat Kolesch  
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding  
Herr Stadtrat Pfender  
Frau Stadträtin Sonntag  
Herr Stadtrat Weber

Stellvertreter/in:

Frau Stadträtin Drews  
Frau Stadträtin Goeth  
Herr Stadtrat Heinkele

entschuldigt:

Herr Stadtrat Dr. Compter  
Frau Stadträtin Kübler  
Herr Stadtrat Rieger  
Herr Stadtrat Zügel

Gast:

Frau Kurasch, Büro Kurasch

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	Bis TOP 8
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	TOP 1
Herr Hansbauer, Bauverwaltungsamt	TOP 1
Herr Kopf, Hochbauamt	Ab TOP 11
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	Ab TOP 2
Herr Rückert, Bauverwaltungsamt	
Herr Walz, Gebäudemanagement	
Herr Wilk, Hochbauamt	TOP 8 bis 11

## Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Neuanlage eines Urnengrabfeldes auf dem "Alten Evangelischen Friedhof" der Stadt Biberach	99/2013
2.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Zeppelinring Ost III"	106/2013
3.	Aufstellung des Bebauungsplans "Aspach-Nord - 2. Änderung"	100/2013
4.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Kulturfabrik Weberstieg"	105/2013
5.	Neugestaltung Alter Postplatz / Saumarkt	107/2013
6.	Schützenkellerhalle - Gesamt-sanierungskonzept 2013 - 2015	97/2013
7.	Straßenbauprogramm aus dem Straßenkataster STK 2013, Erneuerung der Wielandstraße ab Pflugschule bis Ehinger Straße	52/2013 - 1
8.	Vergabe von Bauarbeiten Los 1: Endausbau im Baugebiet "Beim Forsthaus", BA I Los 2: Erschließungsarbeiten im Baugebiet "Beim Frosthaus", BA II	104/2013
9.	Straßenbauprogramm aus dem Straßenkataster STK 2013 - Info Vergabe Vollausbau der Lindelestraße	103/2013
10.	Belagssanierungen in Biberach 2013, Teil 1: Obere Stegwiesen - Info Vergabe	108/2013
11.	Neubau Räumliches Bildungszentrum - Vergaben 8	109/2013
12.	Sanierung Jugendkunstschule und PG-Halle - Amortisationsrechnung	93/2013
13.1.	Bekanntgaben - Ampelsituation Memminger Straße/Bergerhauser Straße	
13.2.	Bekanntgaben - Abholzungen im Gebiet Rißegg Halde	
13.3.	Bekanntgaben - Kreisverkehr Mittelbiberacher Steige	
13.4.	Bekanntgaben - Baumaßnahme Memminger Straße	
13.5.	Bekanntgaben - Belagssanierung Freiburger Straße / Fabrikstraße	
14.1.	Verschiedenes - Steigmühlstraße	
14.2.	Verschiedenes - Neubau REWE	
14.3.	Verschiedenes - Café am Stadtfriedhof	
14.4.	Verschiedenes - Provisorisches WC auf dem Katholischen Friedhof	
14.5.	Verschiedenes - Schaukästen Bürgerturmstraße	
14.6.	Verschiedenes - Pausenhof Braithschule	
14.7.	Verschiedenes - Dollinger-Schule und Mali-Hauptschule	
14.8.	Verschiedenes - Dollinger-Sporthalle	
14.9.	Verschiedenes - Eröffnung Nord-West-Umfahrung	

Die Mitglieder wurden am 03.06.2013 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 12.06.2013 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 99/2013 zur Beschlussfassung vor.

Zur Sitzung wurde Frau Kurasch vom gleichnamigen Büro geladen, die die Konzeption vorstellt. Dabei unterstreicht sie, dass der Hang nicht aufgegeben werden solle, sondern nur eine gewisse Nachverdichtung an den Rändern vorgesehen sei. Als Herzstück bliebe eine große Böschung.

StR Kolesch bezeichnet die Maßnahme als wichtig. Man habe schon einiges für den Alten Evangelischen Friedhof getan. Mit der Neuanlage des Urnengrabfeldes werde man diesem Trend gerecht. Die CDU-Fraktion stimme daher zu. Verwundert sei man nur über die Kosten, zu denen er nähere Erläuterungen erbittet und fragt, ob sie gesenkt werden könnten.

StRin Drews erinnert daran, dass Kristel Buttschardt schon vor Jahren mehr Urnengrabfelder gefordert habe, weshalb die nun vorgesehene neue Anlage gut sei. Es sei wichtig, den Baumbestand zu erhalten. Sie fragt, ob die Treppen Handläufe erhielten und macht darauf aufmerksam, dass diese bei bestehenden Treppen teilweise fehlten. Auch bestünden relativ wenig Bänke im oberen Bereich. Sie fragt, wie mit einem Rollator das neue Grabfeld erreicht werden könne. Die Kosten seien auch der SPD-Fraktion aufgefallen, man habe sie aber der besonderen Anlage geschuldet und sei bereit, hierfür etwas mehr Geld auszugeben.

StRin Goeth bezeichnet eine Erweiterung als angebracht. Die Planung gefalle den Freien Wählern. Sie fragt, ob der Zugang von oben so gestaltet werden könne, dass das Grabfeld von dort begehbar sei.

StRin Sonntag meint, wer auf diesem Friedhof beerdigt werden wolle, kenne die besonderen Umstände auch was die Begehbarkeit betreffe. Die Grünen stimmten zu.

Frau Kurasch legt da, rechts von der Treppe seien Graswege vorgesehen, die man als Serpentinausmodellieren wolle. Für einen Rollator werde die Begehung nicht einfach, man müsse aber auch an die Bewirtschaftung denken. Es seien Handläufe an den Treppen vorgesehen. Die Grabmale würden vermutlich über die Hecke reichen, die bündig zur Stützung vorgesehen sei. Man könne gerne nach Standorten für weitere Bänke suchen.

Auf die Gebühren angesprochen teilt BM Kuhlmann mit, nach Auskunft des Bauverwaltungsamts wirke sich die Maßnahme nicht direkt auf die Gebühren aus. Die Kosten könnten jedoch nicht weiter verringert werden.

StRin Drews mahnt, die Bänke möglichst in der Mitte der Grünzone vorzusehen. Wenn der vorhandene Weg bestehen bleibe, könne man über ihn quer über die Wiese zu den neuen Gräbern gelangen.

StR Kolesch zeigt sich mit der Antwort zur Auswirkung auf die Gebühren nicht einverstanden. Er erkundigt sich nach den aktuellen Kosten eines Urnengrabes. Im Haushaltsplan seien 90.000 Euro für die Maßnahme veranschlagt und man habe sich dabei sicher auch etwas gedacht. Jetzt seien 50 Prozent höhere Kosten vorgesehen.

BM Kuhlmann erwidert, wenn man in den Hang Urnengräber lege, verursache dies die dargestellten Kosten. Eine Anlage in der Ebene wäre günstiger.

Frau Kurasch lässt wissen, wenn man statt einer Stützmauer nur eine Böschung vorsehe, seien die Kosten geringer, dann könnten aber auch keine 48 Gräber untergebracht werden.

Herr Hansbauer lässt wissen, die 90.000 Euro habe man anhand normaler Kosten gerechnet und einen Aufschlag für den Hang vorgesehen. Dabei sei man vielleicht etwas blauäugig gewesen. Er meint, zur Qualitätserhaltung lohne sich die Investition auf Dauer. Im Vergleich zu anderen Kommunen liege man mit den Gebühren im unteren Drittel. Er rechne nicht mit einer Gebührenerhöhung in großem Maße, wobei auch weitere Maßnahmen wie beispielsweise in Ringschnait anstünden. Ein Urnengrab koste aktuell 1.287 Euro für 30 Jahre.

StR Weber meint, es handle sich um einen schönen, qualitätvollen Friedhof und die Grünen seien gerne bereit, für die konfessionellen Friedhöfe etwas mehr Geld auszugeben.

StR Herzhauser fragt, ob man die Platten etwas höher ziehen könnte, damit sie als Begrenzung des Grasweges dienen und somit vor allem für Rollatornutzer sicherer würden.

Frau Kurasch hält dies für möglich.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

- 1. Der Bauausschuss stimmt der Neuanlage eines Urnengrabfeldes auf dem "Alten Evangelischen Friedhof" zu. Das Urnengrabfeld soll nach den Plänen des Büros für Garten- und Landschaftsplanung Kurasch geschaffen werden.**
- 2. Der Bauausschuss stimmt einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 45.000 Euro zu. Die Mittel werden im Haushaltsjahr 2013 überplanmäßig bereit gestellt und über Wenigerausgaben bei der Kreisumlage, Haushaltsstelle 01.9000.832000, gedeckt.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 106/2013 zur Vorberatung vor.

BM Kuhlmann erläutert die Planung, mit der eine städtebauliche Neuordnung des Gebiets erfolge.

StR Kolesch bringt vor, hier handle es sich nur um einen Teilbereich des Quartiers. Die anderen Bereiche neben der Kreissparkasse weiterzuentwickeln sei der CDU-Fraktion aber ebenso wichtig, worum er die Verwaltung bittet. Mit dem Bebauungsplan werde eine Innenverdichtung vorgenommen, was sehr positiv sei. Die vom Amt für Bodenschutz vorgebrachten Bedenken bezeichnet er als nicht nachvollziehbar. Zu den vorgebrachten Einwendungen von Nachbarn bringt er vor, nach den Darlegungen in der Vorlage würden geforderte Abstandsflächen gewahrt und wenn die Darlegungen zutreffend seien, würden die Beeinträchtigungen nicht sehr groß. Der Stellplatznachweis habe etwas gewundert, da ein hoher Bedarf zu erwarten sei. Die CDU-Fraktion wolle, dass die Stellplätze im Neubau hergestellt würden, damit keine frei zugänglichen Stellplätze entfielen.

StR Keil zeigt sich gespannt, wie die Zufahrt von der Breslaustraße gelöst werde. Dort sei zeitweise viel Verkehr. Insgesamt werde der Straßenzug eine städtebauliche Aufwertung erreichen und der Schandfleck einer Brache werde beseitigt. Er fragt, ob der von der SPD-Fraktion einmal eingebrachte Gedanke einer Radstraße mit besonderer Gestaltung der Ein- und Ausfahrten aufgenommen werden könnte. Er fragt weiter, wo die Zufahrt der Halbtiefgarage sein werde. Nachteile von Halbtiefgaragen seien, dass Gebäude noch höher wirkten und ein unschöner Sockel entstehe. Zu den Einwendungen der Eigentümerin des Grundstückes Zeppelinring 15 und der vorgebrachten Verschattung meint er, dieser käme zum Tragen, wenn bis an den Grundstücksrand gebaut würde, was sicher im Lauf der weiteren Planung berücksichtigt werden könne.

StRin Goeth bezeichnet die geplante Bebauung als Gewinn für den Innenstadtrand. Es sei nicht ungewöhnlich, dass nicht alle Nachbarn Veränderungen gut fänden. Aufgabe des Gemeinderats sei es, Vor- und Nachteile abzuwägen. Nach Meinung der Freien Wähler überwögen die Vorteile, weshalb man zustimme.

StR Weber meint, der vorhandene Grünbestand sei nicht sehr wertvoll und eine drei- bis viergeschossige Bebauung müsse in diesem Bereich möglich sein. Er appelliert, einen Radweg in das Konzept einzubinden.

StR Braig bezeichnet eine Riegelbebauung entlang des Zeppelinrings zum Schutz der hinteren Bebauung als notwendig.

BM Kuhlmann bestätigt dies. Die Grundstücksverhandlungen für die umgebenden Bereiche seien im Gang. Der gesamte Neubau werde mit einer Tiefgarage unterlegt. Mehr sei nicht möglich. Man wolle sich die Option offenhalten, eine Abbiegespur in der Breslaustraße zu errichten, damit zwei Ausfahrspuren möglich wären.

Zum Artenschutz bemerkt StR Herzhauser, offensichtlich seien Fledermäuse in Mode. Er fragt, ob auch Vorkehrungen zum Schutz für Vögel errichtet werden könnten, beispielsweise für Mauersegler.

BM Kuhlmann erwidert, alle nach EU-Richtlinien geschützten Arten würden überprüft. Aufgeführt seien in der Vorlage nur diejenigen, bei denen es Probleme geben könnte.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss bei einer Enthaltung (StRin Drews) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

**Beschluss:**

**Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß dem Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 100/2013 zur Vorberatung vor.

BM Kuhlmann erläutert die Planung und lässt wissen, schon im Jahr 2008 habe die Firma Handtmann angefragt, ob die Hubertus-Liebrecht-Straße aufgehoben werden könne. Damals habe man dies aufgrund Widerständen der Anlieger zurückgestellt. 2010 sei wieder Bedarf angemeldet und erneut untersucht worden. Dabei habe man ein abgestimmtes Konzept gefunden, wonach die Erschließung über die bestehende Erschließung und eine neue Straße erfolge.

StR Kolesch erinnert daran, dass der Vorschlag von der CDU-Fraktion gekommen sei. Der Eingriff in die Grünfläche stelle einen kleinen Wermutstropfen dar.

StR Dr. Nuding signalisiert nach Beantwortung verschiedener Fragen zur Erschließung die Zustimmung der SPD-Fraktion.

StR Heinkele meint, angesichts geringer Industrieflächen müsse man mit großer Flexibilität auf die Flächenwünsche der Firmen eingehen.

StR Weber findet es zwar in Ordnung, Firmeninteressen entgegenzukommen, man könne aber nicht jeden Firmenwunsch auch kleiner Firmen berücksichtigen. Er kündigt an, sich zu enthalten.

StR Braig meint, die Weiterentwicklung der Firma Handtmann auf schon lange von diesen vorsorglich gekauften Flächen werde mit dieser Planung möglich. Die Lösung sei mit den Anliegern abgestimmt und der Stadt entstünden keine weiteren Kosten. Die FDP stimme zu.

BM Kuhlmann stellt auf Frage klar, die Ausgleichsflächen in diesem Bereich habe man erstellt, als sie rechtlich noch gar nicht erforderlich gewesen seien. Heute sei die Rechtslage anders. Der Straßenbau stelle einen Eingriff in die Natur und Landschaft dar und müsse ausgeglichen werden. Die Firma Handtmann werde hierfür Flächen an die Stadt abtreten, es handle sich also um ein Nullsummenspiel. Der Ausgleich des Eingriffs erfolge vor Ort.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss bei 2 Enthaltungen (StRe Sonntag, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

**Beschluss:**

**Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß dem Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 105/2013 zur Vorberatung vor.

BM Kuhlmann bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die „Weberstieg“ nicht realisiert werde. Das formal eingeleitete Verfahren müsse daher eingestellt werden.

StR Keil dankt BM Kuhlmann für die Informationen und sein Engagement. Was in der Öffentlichkeit teilweise angekommen sei, nämlich zu geringes städtisches Engagement, sei nicht richtig. Er meint, das Projekt hätte der Innenstadt gutgetan. Eine andere Nutzung sollte dort möglich sein, denn eine Bauruine tue der Innenstadt nicht gut.

StR Heinkele schließt sich diesen Ausführungen an.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß dem Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigegefügte Drucksache Nr. 107/2013 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann erläutert die Vorlage. Mit Experten wolle man Lösungen für dieses Areal finden. Die Vorlage formuliere die Rahmenbedingungen hierfür. Anhand von Entwurfsskizzen wolle man dann diskutieren und entscheiden, wie es weitergehen solle. Er betont, dass es sich beim Alten Postplatz um keinen historischen Platz handle. Es sei keine 1a-Einkaufslage, sondern die Fläche werde nur als Dienstleistungsstandort genutzt und untergeordnet von Geschäften. Die Ansiedlung der Ämter werde auch künftig eine wichtige Rolle spielen und es sei nicht zu erwarten, dass sich dort eine Reihe von Cafés ansiedeln werde, es bestünden aber nutzbare Potentiale. Man denke nicht an eine Öffnung des Stadtbaches wie am Marktplatz, sondern nur an eine Öffnung mit Überdeckung.

StR Kolesch führt aus, Einzelhandelsgeschäfte seien zwar zum Teil vorhanden, aber nur auf einer Seite des Platzes. Die Fläche sei nicht für Freigastronomie prädestiniert und er teile daher die Einschätzung von BM Kuhlmann. Dass keine Stadtbachöffnung erfolgen solle, müsse man den beauftragten Büros mitteilen. Gleiches gelte für die Einschränkungen durch den Festzugsweg und auch die Variante des Notfestzugsweges, der am „Scharfen Eck“ vorbeiführe. Überhaupt müsse man den Büros alles mitteilen, was deren Arbeit erleichtere. Herr Rechmann habe erklärt, dass nicht unerhebliche Probleme mit den Pflasterflächen rund um das Museum bestünden und dass diese einige Unterhaltskosten verursachten. Der Alte Postplatz werde noch stärker genutzt, weshalb die CDU sich als eine Gestaltungsalternative die Lösung wie beim westlichen Marktplatz vorstellen könnte, also die Fahrbahn mit einer Schwarzdecke zu versehen und nur die Flanierflächen zu pflastern.

StR Keil meint, dass der Alte Postplatz als Parkplatz genutzt werde sei in Ordnung, aber bedauerlich. Für die Fahrbahn könnte eventuell eine gekennzeichnete Furt vorgesehen werden, ähnlich wie dies StR Kolesch ausgeführt habe. Er bezeichnet es als gut, dass dort Dienstleistungsbetriebe angesiedelt seien. Wünschenswert wäre es, die bisher unschöne Situation am nördlichen Ende zu beseitigen und die Gebäude zu sanieren.

StRin Goeth meint, entweder soll man den Stadtbach öffnen oder ganz zu lassen. Eine Teilöffnung könne sie sich nicht vorstellen. Ebenso wenig aber eine Öffnung insgesamt. Der Eingangsbereich sollte angemessen gestaltet sein, da dort auch Zeugen, Zuhörer und Rechtsanwälte vor dem Amtsgericht verkehrten. Sie bezeichnet es als erforderlich, das Stellplätzeangebot zu erhalten, könne sich aber noch nicht vorstellen, wie dieser Platz angesichts der deutlichen Verbesserungen für Fußgänger funktionieren werde.

StRin Sonntag führt aus, Biberach habe viele Platzsituationen und auch Parkplatzsituationen. Auch wenn es sich beim Alten Postplatz nicht um einen historischen Platz handle, biete sich die Chance, einen neuen Platz zu schaffen mit neuen Aufenthaltsbereichen. Sie wirft die Frage auf, warum man neben dem Marktplatz nicht auch andere Plätze haben solle und appelliert, nicht von Haus aus zu sagen, dass dort kein Café ansiedeln werde. Sie mahnt, offen in die Planung zu gehen und die Parkplätze etwas zur Disposition zu stellen. Man solle den Platz öffnen, beleben und nicht eine Autoverwahrung errichten. Sie bezeichnet es als nicht zukunftsweisend, einen Platz zu schaffen, der bevorzugt für Autos genutzt würde. Wie StRin Goeth fände sie es keine gute Lösung, den Bach vergittert zu öffnen.

StR Braig meint, Biberach sei eine hoch erfolgreiche Stadt mit einer hoch erfolgreichen Innenstadt, die vom Verkehr „umtost sei“. Da man ein gedeihliches Miteinander von Verkehr, Einkaufsflächen und Aufenthaltsflächen habe, sei man so erfolgreich. Es sei höchste Zeit, dass die nordwestliche Innenstadt in das Sanierungsgebiet aufgenommen werde und etwas geschehe. Wichtig sei, dass es sich um keinen Marktplatz handle und auch von den Dienstleistungen und sonstigen Angeboten nicht um einen Platz, der zum Verweilen einlade, sondern zum Durchgehen. Ein Nebeneinander von fließendem und ruhendem Verkehr sei daher wichtig.

BM Kuhlmann versichert, man werde sehen, was bezüglich Parkplätzen und Bachöffnung möglich sei. Auch die Frage des Belags werde man offen lassen.

StR Herzhauser bezeichnet das Haus Nummer 11 als Schandfleck und erkundigt sich nach den Möglichkeiten, mit dem Eigentümer etwas zu erreichen.

BM Kuhlmann antwortet, es habe ein Eigentümerwechsel stattgefunden und die Gespräche mit ihm seien bereits am Laufen.

Er bestätigt auf Frage, dass auch Radabstellflächen untergebracht werden sollten.

StR Kolesch bittet den Vorschlag der CDU-Fraktion einer Lösung mit Asphaltfläche nicht als Vorgabe zu machen, im Briefing könne man diese Möglichkeit aber nennen. Asphalt sei auch für Radler freundlicher und weniger lärmbelastend.

#### **BM Kuhlmann sagt dies zu.**

StR Kolesch meint weiter, eine große Mehrheit im Gremium sei für den Erhalt der Stellplätze. Wenn es letztlich zwei weniger würden, sei dies in Ordnung. Es dürften aber nicht 25 oder 30 Stellplätze weniger werden. Die Formulierung sollte daher nicht zu schwammig sein. Er appelliert, nicht nur die Neuorganisation der Parkplätze vorzugeben, sondern die Vorgabe des Erhalts der Parkplätze sollte stark sein. In die Pläne seien viele Parkplätze in blau eingezeichnet, bei denen es sich häufig um Privatplätze, aber auch teilweise um öffentliche Stellplätze handle, die zum Beispiel am Wochenende und werktags ab 17 Uhr der Öffentlichkeit zur Verfügung stünden. Speziell am Wochenende seien sie extrem stark genutzt. Nun existierten Überlegungen, diese künftig am Wochenende nicht mehr für die Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, sondern sie leerstehen zu lassen. Er bittet die Verwaltung stark darauf hinzuwirken, dass dies nicht eintrete. Man müsse den Landesbehörden klar machen, dass sie auch einen öffentlichen Auftrag hätten.

BM Kuhlmann unterstreicht dies. Er werde auf das Land zugehen und die Bedeutung der Stellplätze betonen. In die Mehrfachbeauftragung werde auch ein deutlicher Hinweis aufgenommen, dass die Stellplätze erhalten werden müssten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

- 1. Dem Zielkonzept zur Neugestaltung der Bereiche Alter Postplatz und Saumarkt wird zugestimmt.**

- 2. Dem vorgeschlagenen Verfahren, Durchführung einer Mehrfachbeauftragung im kooperativen Verfahren, wird zugestimmt.**
- 3. Der Sperrvermerk auf HHSt. 01.6100.619200 in Höhe von 20.000 Euro für die Durchführung einer Mehrfachbeauftragung wird aufgehoben.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 97/2013 zur Information vor.

BM Kuhlmann erläutert die Vorlage und Herr Walz fügt an, gestartet würde 2013 mit der WC-Anlage, die Zustimmung der Schützendirektion vorausgesetzt. Diese würde für die Ausstattung verantwortlich zeichnen, habe aber erst zum Monatsende des Folgemonats eine Versammlung. Die Küche solle wie bislang eine reine Ausgabeküche sein. Hauptkritikpunkt sei bislang die vorhandene Spülmaschine, die den Ansprüchen nicht genüge. Die Inneneinrichtung solle entsprechend dem Stand der Technik ersetzt werden. Für die WC-Anlage müsse man mit dem vorhandenen Platz auskommen. Die Anlage solle entsprechend dem Stand der Technik mit guten Materialien ausgebaut werden und man wolle Zu- und Ableitungen sanieren.

BM Kuhlmann zeigt einige Modellfotos für Materialien. Man versuche sich am Holz zu orientieren, das im Hauptsaal vorhanden sei. Wichtig sei, die Haltung des Hauses einheitlich zu gestalten.

StRin Drews bezeichnet einen Behindertenzugang von außen als erforderlich.

StR Heinkele unterstreicht dies und meint, ein Treppenlift sollte vorgesehen werden.

BM Kuhlmann nimmt diese Anregung auf.

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 52/2013 - 1 zur Information vor.

BM Kuhlmann erinnert an die Diskussion der Ursprungsvorlage und verweist auf die aktuellen Ergänzungen. In der Wielandstraße würden die Stellplätze in Längsaufstellung erhalten und man habe die Option, wenn der Erwerb der Grundstücke der früheren Firma Montag gelinge, auch diese Fläche zu nutzen.

StR Kolesch begrüßt, dass die Fahrbahn nun eben angelegt werden solle. Die Fußgänger bekämen einen neuen Gehweg, der bisher nicht vorhanden sei. Wichtig sei auch, dass die Stellplätze erhalten würden, die eine sehr wichtige Funktion unter anderem für Friedhofsbesucher hätten. Die Überplanung habe sich gelohnt und die CDU-Fraktion stimme nun zu. Er fragt, ob die Ausschreibung noch im Juni und nicht erst im Juli erfolgen könne, um die Ferienzeit für die Bauarbeiten zu nutzen.

StR Keil bezeichnet die Straßensanierung als wichtig, da sie aktuell in einem katastrophalen Zustand sei.

StR Heinkele hebt darauf ab, diese Straße habe die gleiche Entfernung zur Altstadt wie der Alte Postplatz. Man dürfe sich daher die Chance auf 20 Stellplätze nicht entgehen lassen.

StR Weber meint, die Stellplatzanzahl dürfe man nicht an Ausnahmesituationen wie Beerdigungen orientieren. Er wirft die Frage auf, ob der Weg auf die Westseite gelegt werden könnte und weiter nach hinten.

StR Braig gibt zu verstehen, diese Parkplätze würden nicht nur von Friedhofsbesuchern genutzt, sondern in diesem Bereich befänden sich auch Bildungseinrichtungen. Wolle man Besucherfrequenz in der Stadt haben, müsse man auch die Bedürfnisse der Besucher nach Stellplätzen befriedigen.

BM Kuhlmann legt dar, dass der Vorschlag StR Webers aufwendiger wäre und dem Ziel eines möglichst geringen Eingriffs in den Hang nicht gerecht würde.

Zur Bauzeit lässt Herr Rechmann wissen, man habe bereits andere Maßnahmen begonnen und könne eine Ausschreibung im Juni nicht zusagen. Überdies sei die Bauwirtschaft sehr angespannt, sowohl zeitlich als auch monetär, was die Kosten erhöhe.

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 104/2013 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann stellt fest, man verzeichne deutliche Kostenüberschreitungen gegenüber dem Haushaltsplan. Der Markt sei überhitzt. Aufgrund von Deckungsmitteln könne man die Mehrkosten finanzieren.

StR Kolesch führt aus, er habe die Lärmbelastung durch Pflasterflächen bereits beim Baubeschluss thematisiert. Diese hohe Kostensteigerung sei in einer nichtöffentlichen Vorlage erklärt, wobei er nicht verstehe, warum diese Vorlage nichtöffentlich sei. Die Überschreitung beruhe wohl hauptsächlich auf einer fehlerhaften Mittelanmeldung, wobei das Tiefbauamt normalerweise sorgfältig arbeite.

OV Aßfalg trägt vor, der Ortschaftsrat habe sich sehr intensiv mit dem Thema Pflaster auseinandergesetzt und letztlich für Pflaster gestimmt, da eine Verkehrsberuhigung gewollt sei, was man über eine Beschilderung hinaus durch den Belag verdeutlichen wolle. Es gebe genug Beispiele für Pflasterungen mit geringer Lärmbelastung, vorausgesetzt es sei sauber gearbeitet worden. Der Ortschaftsrat habe sich auch mit den Einbuchtungen auf dem Hintergrund des Schneesäumdienstes und landwirtschaftlicher Betriebe befasst.

StR Herzhauser bringt vor, in Rissegg bestünden Probleme mit Pflasterbelägen, da die Kante zum Teer immer wieder abbreche, weshalb laufend Baustellen seien. Auf den Fahrspuren rumple es und die Lärmbelastung sei höher. Er warnt daher vor Pflasterbelägen, wenn ansonsten um eine Lärmreduzierung gekämpft werde. Er fragt, welche anderen Kennzeichnungsmöglichkeiten für eine Geschwindigkeitsreduzierung bestünden.

Herr Rechmann verweist hierzu an das Ordnungsamt.

BM Kuhlmann nennt Schwellen, die aber auch Probleme mit sich brächten. In Rissegg sei eine andere Verlegeart gewählt worden und keine Oberflächenbearbeitung erfolgt. In Stafflangen sei die Umsetzung geplant wie beim Räumlichen Bildungszentrum.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss bei einer Enthaltung (StRin Drews) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

#### **Beschluss:**

- 1. Auf der Haushaltsstelle 02.6300100.951265 (Neubaugebiet "Beim Forsthaus") werden überplanmäßig Finanzmittel in Höhe von 73.000,00 Euro zur Verfügung gestellt.**
- 2. Auf der Haushaltsstelle 02.6300100.951267 (Ausbau der Straße "Beim Forsthaus") werden überplanmäßig Finanzmittel in Höhe von 35.000,00 Euro zur Verfügung gestellt.**
- 3. Als Deckungsmittel stehen geringere Ausgaben aus der Kreisumlage zur Verfügung.**
- 4. Der Vergabe der Arbeiten zum Endausbau des Baugebietes "Beim Forsthaus" BA I an die günstigste Bieterin, Firma Grüner und Mühlshlegel, Biberach zum Angebotspreis in Höhe von 126.714,67 Euro wird zugestimmt.**

- 5. Der Vergabe der Arbeiten zur Erschließung des Baugebietes "Beim Forsthaus" BA II und der Zufahrtstraße "Beim Forsthaus" an die günstigste Bieterin, Firma Hämmerle, Oggelshausen zum Angebotspreis in Höhe von 292.602,51 Euro wird zugestimmt.**

**TOP 9      Straßenbauprogramm aus dem Straßenkataster STK 2013 - Info  
             Vergabe Vollausbau der Lindelestraße**

**103/2013**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 103/2013 zur Information vor.

Eine Aussprache findet nicht statt.

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 108/2013 zur Information vor.

Eine Aussprache findet nicht statt.

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 109/2013 zur Information vor.

BM Kuhlmann trägt vor, es handle sich um das letzte große Vergabepaket zum Räumlichen Bildungszentrum. Damit seien 100 Prozent aller Vergaben ausgeschöpft. Die Zielgröße der Gesamtkosten von 45 Mio. Euro werde man knapp überschreiten, wobei die Schlussrechnung abzuwarten sei. Insgesamt liege man sehr gut im Kostenrahmen, Preissteigerungen im Hochbau nicht eingerechnet.

StR Kolesch zeigt sich insgesamt namens der CDU-Fraktion mit den Kosten zufrieden. Nur zwei Prozent höhere Kosten seien angesichts der Entwicklung insbesondere der letzten zwei Jahre sehr gut. Er spricht dem Hochbauamt ein Kompliment aus. Beim ersten Schreinerlos falle die erste Firma extrem aus dem Rahmen. Er fragt, inwieweit man die Entfernung in die Bewertung einbezogen habe. Beim Gewerk Vorhänge werde in der Begründung ein falscher Name genannt. Das Angebot für die Gebäudereinigung bezeichne er als seltsam und frage, was geschehen sei. Andere Firmen seien nicht für überhöhte Preise bekannt. Er frage, wie die große Preisdifferenz erklärbar sei. Abschließend frage er, ob der Umzugstermin gehalten werden könne.

StR Keil spricht dem Hochbauamt und seinen Mitarbeitern Lob und Anerkennung der SPD-Fraktion aus. Man hoffe, dass niemand abgeworben werde. Biberach gehöre in diesem Punkt zur ersten Liga.

StR Heinkele frage, ob bei den Möbeln daran gedacht worden sei, dass sie strapazierfähig auch für unkonventionelle Nutzungen durch Schüler sein müssten. Weiter frage er, ob im Ganztagesbereich und in der Schule einheitliche Stühle verwendet würden und ob die Möbel aus der Dollinger-Realschule zum Teil übernommen würden.

StR Weber spricht der Verwaltung Vertrauen aus und bezeichnet es als toll, wenn man bei der letzten Vergabe eines derartigen Mammutprojekts so gut im Kostenrahmen liege.

BM Kuhlmann trägt vor, es lägen noch keine Abwerbeangebote und -absichten von Mitarbeitern vor. Er gibt das Kompliment an Projektleiter Wilk weiter. Vor allem die letzten Wochen seien sehr stressig gewesen. Man habe keine Möglichkeit in einem Angebot die Entfernung zu werten. Dies wäre ein vergabefremdes Kriterium, zumal bei fertig vorbereiteten Dingen. Bei Gebäudereinigungsausschreibungen erlebe man immer wieder entsprechende Differenzen, wenn zum Beispiel eine Firma einen Auftrag dringend benötige oder in den Markt dränge. Es bestünden Vereinbarungen mit dem Gebäudemanagement, was die Unterhaltsreinigung betreffe. Erfahrungsgemäß funktioniere es mit der Gebäudereinigung nicht immer reibungslos, man habe aber keine andere Entscheidungsmöglichkeit.

Den Terminplan bezeichne er als höchst eng. Aus aktueller Sicht könne er gehalten werden, wenn auch nicht alles fertig sein werde. Als Beispiel nenne er die Sockelverkleidung. Nach aktuellem Stand würde am Schützendonnerstag das Schulgebäude von der Stadt übergeben und es finde der Umzug statt. Die Restarbeiten sollten in den Sommerferien durchgeführt werden, so dass mit dem neuen Schuljahr voll begonnen werden könne. Das Gebäude werde auf jeden Fall dicht sein. Aktuell prüfe man Nachträge, weshalb die Kostenaufstellung eine Momentaufnahme sei. Ob die Kostenüberschreitung zwei oder zweieinhalb Prozent betragen werde, sei unklar. Der

Baukostenindex weise fünf Prozent Kostensteigerung aus, wobei er nicht davon ausgehe, dass dies ausgeschöpft werde. Man habe sich für bewährte Schulmöbel entschieden, wobei die Möblierung von Schule und Ganztagszentrum unterschiedlich sein werde, da auch andere Anforderungen bestünden, beispielsweise was die Stapelbarkeit betreffe.

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 93/2013 zur Information vor.

BM Kuhlmann macht auf die unterschiedlichen Beurteilungsmöglichkeiten aufmerksam, die von den gewählten Parametern abhängen. Vom Gemeinderat seien einfache Parameter gefordert worden.

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

### **TOP 13.1 Bekanntgaben - Ampelsituation Memminger Straße/Bergerhauser Straße**

BM Kuhlmann erinnert an die entsprechende Anfrage StR Walters im Hauptausschuss. Er lässt wissen, die Ampelschaltung sei nicht verändert worden. Allerdings verzeichne man deutlich mehr Verkehr durch die Baumaßnahme beim Kreisverkehr in Warthausen. Ferner bestünden technische Probleme mit der Ampel. Auslöser sei ein angeknabbertes, verschmortes Kabel im Erdreich gewesen.

StR Deeng bringt vor, an diesem Tag sei die Ampel bereits wieder ausgefallen. Er plädiert, stattdessen einen Kreisel anzulegen.

## **TOP 13.2 Bekanntgaben - Abholzungen im Gebiet Rißegg Halde**

BM Kuhlmann spricht die von StR Abele thematisierten Abholzungen im Gebiet Rißegg Halde an. Herr Beck vom Forstamt habe erklärt, dass die Fläche kein Wald gewesen sei, sondern eigentlich eine Wiese. Durch Sukzession sei sie zunehmend durch Bäume bewachsen worden, die teilweise drohten umzubrechen. Aus Gründen der Verkehrssicherheit seien daher Fällarbeiten erforderlich geworden. Zudem hätten sich Anwohner über die zu große Höhe der Bäume beschwert. Daher seien die Bäume auf den Stock gesetzt worden und es werde nun eine Strauchsituation entstehen.

### **TOP 13.3 Bekanntgaben - Kreisverkehr Mittelbiberacher Steige**

Herr Rechmann informiert über die Abwicklung der Maßnahme Kreisverkehr Mittelbiberacher Steige. Derzeit laufe die Ausschreibung und am 26.06.2013 sei Submission. Die Bauzeit sei mit Bund und Kreis abgestimmt und für den 29.07. bis 31.10. angesetzt. Man arbeite in vier Teilabschnitten. Er erläutert diese ausführlich.

#### **TOP 13.4 Bekanntgaben - Baumaßnahme Memminger Straße**

Herr Rechmann lässt wissen, vom 24.06. bis 03.07. würden Bund und Land auf der Auswärtsspur der Memminger Straße den Belag sanieren. Der Anschluss der Bergerhauser Straße müsse hierfür ganz gesperrt werden.

### **TOP 13.5 Bekanntgaben - Belagssanierung Freiburger Straße / Fabrikstraße**

Herr Rechmann berichtet von der Anliegerinformationsveranstaltung zur Belagssanierung Freiburger Straße/Fabrikstraße. Diese Maßnahme werde in vier Abschnitten durchgeführt und so getaktet, dass immer nur ein Abschnitt voll gesperrt werden müsse. Am selben Tag habe die Submission stattgefunden und 20 bis 25 Prozent höhere Kosten zum Ergebnis als die interne Kostenberechnung ergeben habe. In anderen Bereichen werde daher von Ingenieurbüros die Empfehlung ausgesprochen, keine Ausschreibung durchzuführen. Kollegen hätten teilweise Submissionen ohne Angebotsabgabe.

## **TOP 14.1 Verschiedenes - Steigmühlstraße**

StRin Sonntag bringt vor, die Steigmühlstraße sei stark bebaut, aber kein Geh- und Radweg vorhanden. Daher sei es schwierig, die Straße zu queren. Sie fragt, ob hier Änderungen geplant seien.

BM Kuhlmann antwortet, man habe dies bereits vor 10 Jahren diskutiert. Die Straße sei noch nicht beitragsrechtlich abgerechnet. Man habe viele entsprechende Altfälle. Sobald etwas gemacht werde, löse dies die Abrechnung aus.

## TOP 14.2 Verschiedenes - Neubau REWE

StRin Sonntag bringt vor, der Neubau von REWE im Gebiet Fünf Linden sei in BIBERACH KOMMUNAL veröffentlicht worden. Bei den Betroffenen sei es nicht gut angekommen, dass der Abgabetermin für Anregungen und Beschwerden in den Ferien sei. Die Aufstellung des Bebauungsplans sei bereits 2011 beschlossen worden und dann lange nichts passiert. Nun hätten viele Nachbarn Bedenken. Bereits bei der Mehrfachbeauftragung habe es viele Fragen gegeben.

BM Kuhlmann verdeutlicht, dass nun ein Bebauungsplan aufgestellt werde, da das Projekt klar sei, was auch den Zeitdruck erkläre. Er verdeutlicht, dass es kein Problem sei, wenn jemand außerhalb der genannten Zeiten Einsicht in die Pläne nehmen wolle. Die Bedenken würden auf jeden Fall gehört und protokolliert. Einziger Unterschied zur früheren Planung sei der Abriss der Hofstelle Strudel in die der Markt rutsche. Man stehe ganz am Anfang des Verfahrens.

StR Heinkele meint, der „Aldi“ habe seinerzeit an diesem Standort nicht funktioniert, da die Stellplätze auf der Terrasse angelegt worden seien. Man müsse die Zufahrt in den Parkplatz daraufhin prüfen, ob sie ein oder zwei Meter tiefer gelegt werden könne, ähnlich wie beim Parkplatz „Aldi“ in der Waldseer Straße. Dann könnte auch das Gebäude etwas tiefer gelegt werden.

BM Kuhlmann antwortet, man versuche die Erdgeschosshöhe soweit wie möglich in die Neigung zu bringen. Ursprünglich sei ein zweigeschossiges Gebäude mit Sockel geplant gewesen, der Investor finde aber keine Nutzung für den Sockel. Das Geländegefälle beziffert er mit sechs Metern und verdeutlicht, dass dadurch die Anlieger viel weniger Lärm durch die Straße hätten. Eine Verlagerung der Parkplätze auf die andere Seite wäre noch problematischer. Dies sei klar gewesen, als man den Bebauungsplan auf den Weg gebracht habe.

StR Keil fragt, ob der Plan im Internet eingesehen werden könne, was BM Kuhlmann bejaht.

StR Keil fährt fort, ihn hätten auch schriftliche und mündliche Bedenken erreicht, aber auch Aussagen, dass der Markt unbedingt erforderlich sei.

### **TOP 14.3 Verschiedenes - Café am Stadtfriedhof**

StRin Goeth bringt vor, es werde immer wieder nachgefragt, ob der Versuch einer Caféansiedlung am Stadtfriedhof an Anliegereinsprüchen gescheitert sei.

BM Kuhlmann sagt zu, der Sache nachzugehen und Herrn Brugger um Informationen zu bitten.

#### **TOP 14.4 Verschiedenes - Provisorisches WC auf dem Katholischen Friedhof**

StRin Drews erinnert daran, dass ein Bericht gefordert worden sei, wie das provisorisch angebrachte WC auf dem Katholischen Friedhof funktioniere. Sollte der Versuch positiv sein, würde ein ähnliches WC für den evangelischen Friedhof beantragt.

BM Kuhlmann sagt einen Bericht zu. Man habe positive Erfahrungen, kritisiert werde die Gestaltung. Das WC werde um 180 Grad gedreht und man überlege im Haushalt 2014 auch für den Evangelischen Friedhof entsprechende Mittel vorzusehen.

#### **TOP 14.5 Verschiedenes - Schaukästen Bürgerturmstraße**

StRin Drews bringt vor, die Vereine seien am 31.12.2012 angeschrieben worden, dass die Schaukästen in der Bürgerturmstraße aufgelöst würden. Zum Teil würden sie seither nicht mehr bestückt. Sie fragt, wie lange sie noch bestehen blieben.

BM Kuhlmann kündigt an, das Stadtplanungsamt um Antwort zu bitten und dass der Sache nachgegangen werde.

## **TOP 14.6 Verschiedenes - Pausenhof Braithschule**

StR Kolesch bringt vor, der Elternbeirat der Braith-Grundschule habe sich über desaströse Zustände auf dem Pausenhof beschwert und um Verbesserung gebeten. Aufgrund des gedachten Umzugs sei zwar Zurückhaltung angebracht, da sich dieser aber bis 2018 verzögere, also länger als eine Grundschulgeneration dauere, bestehe Handlungsbedarf. Es handle sich um eine Ganztagschule und manche Kinder seien sehr lange an der Schule. Man habe immer wieder gehört, dass zum Teil Spielgeräte auf Lager seien. Er regt an, diese dort aufzustellen, da gar nichts vorhanden sei.

BM Kuhlmann kündigt an, sich einer Verbesserung durch mobile Geräte anzunehmen.

## **TOP 14.7 Verschiedenes - Dollinger-Schule und Mali-Hauptschule**

StR Kolesch bringt vor, in der Schwäbischen Zeitung habe ein Schlagabtausch stattgefunden, wer Schuld daran sei, dass die Hochschule für ihr Projekt am Standort Dollinger-Realschule viele Auflagen erhalten habe, viel teurer werde und länger daure. Dabei sei eine Aussage von BM Kuhlmann in der Zeitung gestanden, dass die Stadt nicht Schuld sei, sondern etwas verkauft habe und kurz darauf sei ein weiterer Artikel erschienen, wonach der Leiter des Ulmer Bauamts Widerspruch eingelegt und die Schuld der Stadt zugeschoben habe. Diese Artikel seien zu Beginn des Urlaubs von BM Kuhlmann erschienen. Er gehe nicht davon aus, dass die Stadt böswillig das Land über den Tisch gezogen habe, man dürfe diese Aussagen aber auch nicht unwidersprochen stehen lassen.

BM Kuhlmann antwortet, er müsse die Artikel nachlesen und mit Ulm Kontakt aufnehmen. Er unterstreicht, dass die Untersuchungen von Ulm ausgegangen seien.

## **TOP 14.8 Verschiedenes - Dollinger-Sporthalle**

StR Kolesch bringt vor, die CDU-Fraktion habe schon immer erklärt, alles tun zu wollen, um die Sporthalle zu erhalten. Daher habe man sich über Leserbriefe gewundert, die unterstellt hätten, man habe nichts getan. Ein Erhalt der Dollinger-Sporthalle sei bei den Grundstücksgeschäften nicht als Bedingung formulierbar gewesen. Er bittet hier nachzuhaken, da man es als Schildbürgerstreich empfände, eine funktionierende Halle abzureißen. Er meint, die Fläche wäre für den Sportbedarf nutzbar.

BM Kuhlmann erwidert, die gesamte Immobilie sei an das Land ohne Auflagen verkauft worden. Es sei Entscheidung des Landes, wie es mit dieser Immobilie umgehe. Er mahnt zur Zurückhaltung was Interventionen betreffe. Die Stadt habe kein Interesse an einer weiteren Halle, die unterhalten werden müsse.

#### **TOP 14.9 Verschiedenes - Eröffnung Nord-West-Umfahrung**

StR Kolesch spricht die Eröffnung der Nord-West-Umfahrung an und fragt, wie es nun weitergehe. Aus Gründen des Menschenschutzes der Anlieger an der Ulmer Straße müsse etwas zu deren Entlastung geschehen.

BM Kuhlmann erwidert, man arbeite seit einem Jahr mit Hochdruck und verschiedenen Gutachtern am Thema. Nach der Sommerpause sei eine ausführliche Vorlage geplant.

**Bauausschuss, 17.06.2013, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender: ..... BM Kuhlmann

Stadtrat: ..... Keil

Stadträtin: ..... Goeth

Schriftführerin: ..... Appel

Gesehen: ..... OB Zeidler

Gesehen: ..... EBM Wersch